

3-Länder-Tagung 2016 in Heidelberg „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Panel 23: Krisenpolitik in regionalen Wechselkursregimen

Freitag, 30.09.2016, 16:00 - 17:30 Uhr

Konflikte über Wechselkursanpassungen und makroökonomische Anpassung: die institutionelle Herkunft von Austerität im EWS, 1979-98

Alexander Spielau, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Die aktuelle Eurokrise repräsentiert im Kern eine Wettbewerbskrise zwischen den Eurozonenländern. Diese wird durch systemische Unterschiede zwischen binnenkonsum- und exportgetriebenen Wachstumsregimen und deren disparaten, makroökonomischen Leistungen ausgelöst. Insbesondere die Akkumulierung von Preisniveauunterschieden hat historisch wiederholt zu Divergenzen in den realen Wechselkursen geführt. Im Europäischen Währungssystem kam es daher regelmäßig zu Realignments der Wechselkurse. Diese Policy-Option wurde jedoch durch den Gang in die Währungsunion faktisch ausgeschlossen. Der Aufsatz widmet sich nun der Frage, warum die europäischen Volkswirtschaften – und dabei insbesondere Deutschland und Frankreich – im Vorlauf zur Einführung des Euros einen so erstaunlichen Grad an ‚Harmonie‘ in ihren nominalen (und realen) Wechselkursen zeigten, verglichen mit den früheren Jahren des EWS. Die These ist, dass aufgrund eines ‚unbeabsichtigten Merkantilismus‘ der exportgetriebenen Länder und institutioneller fiskal- und geldpolitischer Beschränkungen der Anpassungsdruck bei den binnenkonsumgetriebenen Ländern lag. Der Beitrag soll uns helfen, die aktuellen Debatten um die Rolle von Austerität in der Eurokrise in die historischen, institutionellen Entwicklungen des Europäischen Währungssystems einzuordnen. Dabei zeigt sich, dass Austerität im Verlauf der europäischen monetären Integration eher die Regel als die Ausnahme war.

The Other Side of the Eurozone-Crisis - Distributional Conflicts and the Politics of Adjustment in Surplus Countries

Nils Redeker, Universität Zürich

Bei der bis heute ungelösten Krise im Euroraum handelt es sich im weitesten Sinne um eine klassische Zahlungsbilanzkrise. Diese allerdings findet unter dramatisch veränderten Vorzeichen statt. Die gemeinsame Währung hat die Schicksale von Überschuss- und Defizitländern aufs Engste miteinander verknüpft. Anders als bei ähnlichen Krisen stehen daher auch Länder mit positiven Leistungsbilanzen vor der Wahl zwischen einer Reihe unbequemer Optionen: entweder sie passen ihre eigene Wirtschaftspolitik an, leisten finanzielle Hilfen an Krisenländer oder sie riskieren das Auseinanderbrechen der Eurozone. Die Entscheidungen von Überschussländern prägen das aktuelle Krisenmanagement daher wie bei kaum einer anderen Zahlungsbilanzkrise. Dennoch fehlt es bislang an einer differenzierten Untersuchung der innerstaatlichen Prozesse, die diese Entscheidungen bedingen. Im Kern argumentiert dieses Papier, dass diese nur durch die genaue Analyse der oft divergierenden Interessen einer großen Anzahl relevanter nationaler Akteure zu verstehen sind. Zu diesem Zweck wird ein neues Konzept zur Bestimmung der komplexen europolitischen Abwägungen unterschiedlicher Interessengruppen entwickelt. Darauf basierend werden Hypothesen über die Präferenzen unterschiedlicher nationaler Akteure gebildet und schließlich mit Hilfe der ersten Ergebnisse einer neu durchgeführten Umfrage unter deutschen Interessengruppen getestet. Damit trägt das Papier nicht nur zu unserem

Verständnis der Position Deutschlands in der Krise bei. Es liefert auch einen allgemeineren Analyserahmen für die künftige Untersuchung der Krisenpolitiken von Überschussländern.

Keeping the euro at any cost? Explaining preferences for euro membership in Greece
Elias Dinas, Oxford University; Ignacio Jurado, University of York; Nikitas Konstantinidis, Cambridge University; Stefanie Walter, Universität Zürich

Despite years of crisis, the euro is still enjoying strong popular support in many of the Eurozone crisis countries. Given the high costs that the crisis has imposed on these countries, this raises the question why the public thinks so favorable of the union, and under which circumstances these high support levels may decrease. Using original survey data from three consecutive surveys in Greece (from July, September and December 2015), we analyze why Greeks view the euro so favorably. We use a detailed battery of questions, designed specifically to tap the many explanations given in the literature and public debate for this phenomenon, to tease out the different mechanisms. Using survey experiments, we then specifically focus on the tradeoff between keeping the euro and austerity. We find that as individuals learn that austerity is the price for staying in the euro, their support for the common currency weakens, a trend that we can also observe over time, as support for the euro fell significantly between July and December 2015. Overall, our paper provides an explanation why political elites so far have been able to commit to painful austerity and reforms: they had a clear mandate to everything necessary to stay in the euro. Our results suggest, however, that this may change when the costs of austerity become too high, making an exit for the Eurozone a distinct possibility.